

## **A5: Für eine konsequente antikapitalistische Pandemiebekämpfungsstrategie der SP Schweiz**

*Antrag zuhanden der Jahresversammlung der JUSO Schweiz vom 19. Februar 2022 in Bern (BE)*

*Antragstellende:* Chiara Bono (JUSO Stadt Zürich), Timothy Oesch (JUSO Zürich Unterland), Luca Dahinden (JUSO Stadt Zürich), Mirjam Hostetmann (JUSO Obwalden), Wanda Siegfried (JUSO Stadt Zürich), Laura Fischer (JUSO Zürich Unterland), Daria Vogrin (JUSO Bielingue), Anna Miotto (JUSO Wil-Toggenburg), Timo Räbsamen (JUSO Wil-Toggenburg), David Sommer (JUSO Aargau), Stefan Bucher (JUSO Luzern), Fernando Frauenfelder (JUSO Stadt Zürich), Mario Huber (JUSO Luzern), Jana Kürzi (JUSO Zug), Léon Schulthess (JUSO Luzern), Jakub Walczak (JUSO Stadt Bern), Manuel Kunz (Juso Züri-Oberland), Mohamed Abdirahim (JUSO Stadt Bern), Pia Voss (JUSO Winterthur), Vinz Binggeli (JUSO JS Bielingue), Sofia Rohrer (JUSO Stadt Zürich), Silvan Häseli (JUSO Basel Stadt), Jonas Kampus (JUSO Zürcher Oberland), Jan Suter (JUSO Stadt Zürich), Noé Lüthold (JUSO Aargau), Vanessa Bieri (JUSO Thun - Berner Oberland), Debora Grasso (JUSO Bielingue), Raphaël Portmann (JUSO Stadt Zürich), Jony Daum (JUSO Zürcher Oberland), Anaïs Dolder (JUSO Zürcher Oberland), Alina Wiesendanger (JUSO Stadt Zürich), Amélie Krause (JUSO Zug), Carla Müller (JUSO Stadt Bern), Marcel Steinmann (JUSO JS Bielingue), Kilian Teubner (JUSO Obwalden), Dario Bellwald (JUSO Obwalden), Larissa Küng (JUSO Obwalden), Gian Lusti (JUSO Zürcher Oberland), Joëlle Jäger (JUSO Stadt Zürich), Xaver Bolliger (JUSO Baselland), Anna Maria Mathis (JUSO Obwalden), Mario Huber (JUSO Luzern), Chiara Gisler (JUSO Uri), Flurina Näf (JUSO Luzern), Severin Stierli (JUSO Aargau), Jakob Schwarz (Juso Zürich Stadt)

Seit Beginn der Pandemie verfolgt die Schweiz einer der nachlässigsten Pandemiebekämpfungsstrategien von ganz Westeuropa. Während zwei Jahren ging die Schweiz als letztes Land in die Lockdowns und war das erste, das wieder lockerte. Massnahmen beschränkten sich grösstenteils auf das Privatleben, während der grosse Teil der Bevölkerung gezwungen war, tagtäglich im überfüllten ÖV zur Arbeit zu fahren und sich dort der Gefahr der Ansteckung auszusetzen - von den prekären Bedingungen in den Pflegeberufen und anderen gesellschaftsrelevanten Dienstleistungen ganz zu schweigen. Das alles, um die wirtschaftlichen Schäden, sprich die Schäden an den Gewinnen des 1%, möglichst tief zu halten. Mit den leichteren Verläufen durch Omikron und der allgemeinen Pandemiemüdigkeit lautet die Devise seit Dezember daher: Durchseuchung. Die Folgen dieser Strategie sind nicht nur weitere vermeidbare Todesfälle, sondern es werden auch zahlreiche weitere Long-Covid-Betroffene in Kauf genommen. Dass aktuell die Wissenschaft noch keine

klaren Erkenntnisse zu Omikron und Long Covid hat, ist für den Bundesrat dabei irrelevant. Der Skandal dabei: Der Vorsteher des BAG, Alain Berset, ist Mitglied der SP.

Es mag sein, dass Berset dem Kollegialitätsprinzip untersteht und die Mehrheitsentscheide des bürgerlichen Bundesrats mittragen muss - die SP hat sich diesem Zwang jedoch nicht zu beugen. Der politische Auftrag der SP - den sie sich, wohlgerne, selber gegeben hat - ist es, für die arbeitende Bevölkerung, die 99%, einzustehen. Dennoch scheut sich die SP seit bereits zwei Jahren davor, den Bundesrat und seine desaströse Pandemiopolitik zu kritisieren. Nicht nur das: Die politische Linie der SP verschob sich im Lauf der Pandemie sogar immer mehr in die Richtung des bürgerlichen Bundesrats und entfernte sich somit immer weiter weg von den eigentlichen Positionen der SP. Damit macht sich die SP mitverantwortlich dafür, dass tausende Menschen ihr Leben für den Profit des 1% opfern müssen.

Wir wissen, dass die GL der JUSO Schweiz sich innerhalb der SP Schweiz und gegenüber der SP-Spitze für eine sozialistische Pandemiopolitik stark gemacht hat. Wir wissen auch, dass die GL öffentlich statt einer Konfrontation mit der SP die Konfliktlinie Arbeiter\*innen vs. Kapital betonen möchte. Allerspätestens nach den Entwicklungen der letzten Wochen müsste aber klar sein, dass die SP-Spitze durch interne Diskussionen nicht dazu bereit ist, ihren Kurs zu ändern.

Entsprechend ist für die JUSO Schweiz jetzt der Moment gekommen, sich deutlich gegen die SP und ihr Vorgehen zu positionieren. Es geht keineswegs darum, reines Medieninteresse zu generieren. Wir erachten es als Aufgabe der JUSO Schweiz, sich stets für die die 99% einzusetzen - inklusive derer, die besonders von der Pandemie gefährdet werden. Die SP steht nicht ausserhalb des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital, sondern positioniert sich mit ihrer Unterstützung der Durchseuchungsstrategie auf der Seite des 1%.

Dass gewisse Lockerungen angesichts der mildereren Omikron-Verläufe gerechtfertigt sind, verstehen wir. Jedoch kann und darf die JUSO Schweiz nicht schweigen, wenn die SP dem Bundesrat applaudiert, dessen Lockerungen klar wirtschaftspolitisch motiviert sind und in einem fahrlässigen Tempo erfolgen. Äussert sich die JUSO nicht öffentlich und direkt gegen diesen menschenfeindlichen Kurs, verliert sie ihre Glaubwürdigkeit als sozialistische Partei. Wenn sich die SP Schweiz nach links verschieben soll, wie es in der JUSO immer wieder prominent gefordert wird, müssen wir auch den Mut haben, diese Konflikte auszutragen. Ansonsten sind unsere Forderungen nichts als leere Worte.

Konkret stellen wir folgende Forderungen an die Geschäftsleitung der JUSO Schweiz:

- ★ Die GL der JUSO Schweiz kritisiert öffentlich die Entscheidung der SP, die Durchseuchungsstrategie des Bundesrats zu unterstützen und kritisiert deren Lob des Bundesrates und seiner Pandemiepolitik
- ★ Die JUSO stellt konkrete Verbesserungsvorschläge an die Pandemiepolitik der SP
- ★ Die GL der JUSO Schweiz kritisiert öffentlich Bundesrat Berset und seine Pandemiepolitik für das 1%
- ★ Die GL der JUSO Schweiz berichtet an der DV im November der Basis, wie der Antrag umgesetzt wurde

Stellungnahme der Geschäftsleitung: annehmen.